



15
V, VI
01/11
01/16

**Geschäftsführung
Rat**

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061
Fax : (0221) 221-26570
E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 21.06.2011

15111 |  | **Stadt Köln** | 

Eingang 30. Juni 2011

15 - Amt für Stadtentwicklung
und Statistik

Handwritten signatures and initials: Kramp, H

**Auszug
aus der Niederschrift der 25. Sitzung des Rates vom 26.05.2011
öffentlich**

- 3 **Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**
- 3.1 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3.1.2 **Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region"**
AN/0987/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln**
AN/1084/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion**
AN/1116/2011
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
AN/1119/2011

Beschlüsse:

- I. **Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Der Beschlusstext soll wie folgt ersetzt werden:

1. Die Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, anstelle der Subventionierung privater E-Fahrzeuge die Mittel für den Ausbau und Erhalt der vorhandenen E-Mobilität (insbesondere bei der Schiene) und für die Entwicklung emissionsfreier Antriebe für den Einsatz im öffentlichen Sektor bereitzustellen.
2. Im Bereich des ÖPNV sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die zu einer Verminderung der Schadstoff- und Lärmbelastung in Köln führen. Dazu sollen der Testeinsatz von zwei Hybridbussen bei der KVB sowie das Pilotprojekt mit Wasserstoffbussen im Rhein-Erft-Kreis ausgewertet werden. Bei positiver Entwicklung ist die KVB aufgefordert, in der Beschaffung neuer Busse auf diese emissionsarmen bzw. -freien Antriebstechnologien zu setzen
3. Die Werkstätten und Betriebshöfe der Stadt und der stadtnahen Gesellschaften werden für den Einsatz von Elektrofahrzeugen vorbereitet. Die Stromversorgung für die Ladestationen wird vorrangig aus regenerativen Energien gespeist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **zugestimmt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Der Antrag soll wie folgt geändert/ergänzt werden:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Beauftragten für das Politikfeld Elektromobilität zu benennen und
- 2.) dem Stadtrat einen aktuellen Sachstandsbericht über den aktuellen Stand und die zukünftige Ausrichtung der Elektromobilität vorzulegen und dabei folgende Punkte besonders zu berücksichtigen:
 - 1.) Finanzierung der zusätzlich benötigten Verkehrsinfrastruktur
 - 2.) Umgestaltung der Straßenverkehrstechnik, ggf. Bedarf an Parkraum
 - 3.) Folgen- und Kostenabschätzung für die Ersatzbeschaffung im städtischen Fuhrpark und der stadteigenen Betriebe
 - 4.) Koordinierung mit der Region
 - 5.) Akquirierung von Fördermitteln

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

III. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert.

1. Aufbau einer intelligenten und bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Insbesondere ist zu prüfen, wie die vorhandene Infrastruktur an Netzausspeisepunkten im öffentlichen und privaten Bereich ertüchtigt werden kann, um auch für Elektrofahrzeuge genutzt werden zu können. Für den angebotenen Fahrstrom sollen erneuerbarer Energien genutzt werden. Beim Aufbau der Ladeinfrastruktur ist darauf zu achten, dass damit keine Monopolstruktur gefördert wird. Mehr als bei den heutigen Tankstellen ist eine Struktur vorzusehen, die intensiven Wettbewerb möglich macht.

Außerdem werden zwei zusätzliche Punkte ergänzt.

7. Um auch privaten Nutzern zusätzliche Anreize zur Beschaffung von E-Fahrzeuge zu geben, sind zeitlich befristete Privilegierungen z.B. beim Parken im Straßenraum (z.B. zwei Stunden kostenloses Parken mit Parkscheibe) oder längere Befahrbarkeit von Fußgängerzonen durch den Lieferverkehr (bis 12:00 statt bis 10:00 Uhr) zu prüfen. Weiterhin sollen Anreize für in Köln ansässige Unternehmen (insbesondere solche mit Filialbetrieben) gegeben werden, um deren Parkräume an die Bedürfnisse der Elektromobilität anzupassen.
8. Ziel muss es sein, die derzeitige Modellregion im Rahmen der Nationalen Plattform Elektromobilität in ein sogenanntes „Schaufenster“ zu überführen. Dafür hat die Stadt kurzfristig alle nötigen Partner für eine erfolgversprechende Bewerbung beim Bund an einen Tisch zu holen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

IV. Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region Köln / Bonn zu entwickeln und dem Rat im vierten Quartal 2011 zur Entscheidung vorzulegen. In dem Konzept sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Aufbau einer intelligenten und bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Für die Ladestationen sollen erneuerbarer Energien genutzt werden.
2. Einrichten spezieller Parkflächen für E-Fahrzeuge mit Ladestationen auf städtischen Flächen. Schaffen von Anreizen für Private (z. B. Parkhaus Schildergasse oder Carsharing-Standorte der Fa. Cambio) für die Einrichtung entsprechender überwachter Parkmöglichkeiten.

3. Einbinden der relevanten Akteure (Energieversorger, Verkehrsbetriebe, Flottenbetreiber, einschlägige Unternehmen, Universitäten, Fachhochschulen, Kommunen und andere Verwaltungsträger u. a.) in Köln und der Region Köln / Bonn in das Konzept.
4. Umstellung der Beschaffung für die Stadt und stadtnaher Unternehmen – sofern möglich – auf E- und Hybridfahrzeuge.
5. Darstellen der erforderlichen Investitionen und Kosten für die Errichtung der genannten Infrastruktur. Zudem sind die Möglichkeiten zum Einwerben von Finanzierungshilfen von EU, Bund und Land auszuloten.
6. Berücksichtigen der Erfahrungen anderer Großstädte bzw. städtischer Ballungsräume sowie des Modellprojektes cologneE-mobile.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

V. Gesamtabstimmung:

1. Die Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, anstelle der Subventionierung privater E-Fahrzeuge die Mittel für den Ausbau und Erhalt der vorhandenen E-Mobilität (insbesondere bei der Schiene) und für die Entwicklung emissionsfreier Antriebe für den Einsatz im öffentlichen Sektor bereitzustellen.
2. Im Bereich des ÖPNV sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die zu einer Verminderung der Schadstoff- und Lärmbelastung in Köln führen. Dazu sollen der Testeinsatz von zwei Hybridbussen bei der KVB sowie das Pilotprojekt mit Wasserstoffbussen im Rhein-Erft-Kreis ausgewertet werden. Bei positiver Entwicklung ist die KVB aufgefordert, in der Beschaffung neuer Busse auf diese emissionsarmen bzw. -freien Antriebstechnologien zu setzen
3. Die Werkstätten und Betriebshöfe der Stadt und der stadtnahen Gesellschaften werden für den Einsatz von Elektrofahrzeugen vorbereitet. Die Stromversorgung für die Ladestationen wird vorrangig aus regenerativen Energien gespeist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln **zugestimmt**.

Für gleichlautenden Auszug
Köln, den 22.6.2011 